

Protokolleintrag vom 20.08.2003

2003/301

Von Theresa G. Hensch-Stadelmann (FDP) und Rosemarie Berthoud (FDP) ist am 20.8.2003 folgendes *Postulat* eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei Grossanlässen wie z. B. der Streetparade die weniger empfindlichen öffentlichen Grünflächen und Parkplätze als temporäre Campingplätze mit minimaler Infrastruktur angeboten werden können.

Begründung:

An den Streetparade-Wochenenden werden im Gebiet zwischen Landiwiese und Arboretum Parkflächen und jedes noch so kleine Rasenstück als Übernachtungsort belegt. Das geduldete Wildcampieren ist beliebt. Verbote und Einzäunungen würden wenig bringen, denn die Menschenmassen sind da und wenn sie nicht am See campieren könnten, verlagern sie sich in die Wohngebiete.

Mit dem zur Verfügung Stellen von Abstellflächen für Auto und Zelt, WC-Wagen, Schlauch mit Frischwasser und einem Container für Abfall könnte das Wildcampieren an diesen Ausnahmetagen in geordneteren Bahnen stattfinden. Die Benutzer bezahlen eine Gebühr und haben als Gegenleistung eine Minimalinfrastruktur. Die Entsorgung der Abfälle wird erleichtert, denn grosse Container sind für ERZ einfacher einzusammeln. Und nicht zuletzt wird die Bevölkerung der betroffenen Quartiere entlastet, wenn die Campierer auf öffentlichen Plätzen und Grasflächen ihr Zelt aufschlagen und auch dort ihre Notdurft erledigen können.

Die verlangte Gebühr sollte sich im Rahmen der ortsüblichen Campinggebühr bewegen und könnte mit Vignetten (Klebern) einfach abgewickelt werden. Entscheidend für die Umsetzung ist eine klare Kommunikation der Veranstalter und eine konsequente Durchsetzung der geltenden Vorschriften durch die Polizei. Die bestehenden Angebote im Campingplatz Seebucht dürfen nicht konkurrenziert werden. (Laut Recherchen war der Campingplatz dieses Jahr nicht ausgebucht!).